

WIR ERGREIFEN PARTEI FÜRS KLIMA.

Agenda für eine sozial gerechte Klimapolitik.

Wir ergreifen Partei. Da, wo es uns braucht.
Für die Menschen. Für die Zukunft. Für dich.



Die Klimakrise ist die grösste Herausforderung unserer Zeit. Und sie ist längst auch bei uns angekommen: Die Unwetter und Überschwemmungen im Sommer 2021 sowie die Hitzewellen und Dürren im Sommer 2022 geben uns eine Vorstellung davon, was uns droht, wenn wir nicht rasch und entschieden handeln.

Um für uns und kommende Generationen eine lebenswerte Zukunft zu sichern, müssen wir unseren CO₂-Ausstoss so schnell wie möglich auf netto null senken. Doch die rechtsbürgerlichen Mehrheiten im Zürcher Kantonsrat und dem Parlament in Bern haben genau das über Jahrzehnte hinweg verhindert und sich geweigert, die notwendigen Massnahmen für die Klima- und Energiewende zu ergreifen.

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine führt uns zudem schmerzlich vor Augen, wie abhängig wir immer noch von fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas sind – und damit auch von Autokraten wie Putin oder den Scheichs am Persischen Golf. Während sie sich nun eine goldene Nase verdienen, bezahlt die breite Bevölkerung mit steigenden Energiepreisen die Rechnung für das politische Versagen beim viel zu langsamen Ausbau der Erneuerbaren.

Erst in der laufenden Legislatur konnte die SP mit einer Mitte-Links-Allianz («Klimaallianz») erste Fehler korrigieren. Das wichtigste Etappenziel konnten wir mit dem deutlichen Ja zum Energiegesetz im November 2021 erreichen. Das Energiegesetz ermöglicht einen raschen Austausch klimaschädlicher Öl- und Gasheizungen durch klimaneutrale Alternativen wie Wärmepumpen oder Fernwärme. Allein dadurch lässt sich der CO₂-Ausstoss im Kanton Zürich um rund einen Drittel senken.

Die aktuelle Legislatur hat aber auch gezeigt, dass es dem Mitte-Teil der Klimaallianz am Willen fehlt, mutige Entscheidungen für eine lebenswerte Zukunft zu treffen. Damit wir endlich eine konsequente und sozial gerechte Klimapolitik betreiben können, muss die SP bei den kantonalen Wahlen am 12. Februar 2023 stärker werden.

Die Ausgangslage ist klar: Wir müssen so schnell wie möglich Netto-Null erreichen – und zwar deutlich vor 2050. Als SP stellen wir auch hier die Menschen ins Zentrum. Klimaschutz darf nicht auf Kosten derer gehen, die schon heute jeden Franken zwei Mal umdrehen müssen. Im Gegenteil: Wir stehen für einen sozial gerechten Klimaschutz, der die Lebensqualität verbessert und niemanden zurücklässt.

Für uns ist klar, dass der demokratische Staat und kollektives Handeln bei der Bewältigung der Klimakrise zentral sind. Dafür setzen wir an den vier wichtigsten Hebeln an: bei der Energieversorgung, beim Verkehr, den Gebäuden und bei der Wirtschaft.

ENERGIEVERSORGUNG

ERNEUERBARE AUSBAUEN, VERSORGUNSSICHERHEIT STÄRKEN.

Die Stromproduktion in der Schweiz ist mit ihrem grossen Anteil an Wasserkraft bereits heute vergleichsweise CO₂-arm. Aus unseren Nachbarstaaten beziehen wir aber immer noch viel Strom aus dreckigen Gas- und Kohlekraftwerken. Durch die Abschaltung der veralteten Atomkraftwerke und den steigenden Strombedarf brauchen wir zudem neue Stromquellen.

Um das zu bewerkstelligen, braucht es einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Damit verringern wir auch unsere Abhängigkeit von fossilen Energien, stärken die Versorgungssicherheit und stabilisieren die Energiekosten für die Bevölkerung.

Zudem braucht es Massnahmen, damit angesichts steigender Energiepreise durch den Krieg in der Ukraine niemand frieren oder hungern muss, während andere Krisengewinne einstreichen.

1) SOLARPFLICHT AUF NEU- UND UMBAUTEN

Bei Neubauten und grösseren Umbauten soll zukünftig die gesamte sinnvoll nutzbare Dachfläche mit Photovoltaikanlagen bebaut werden, bei Neubauten auch die geeigneten Fassadenflächen. Mit einer Pflicht sorgen wir für einen schnellen Zubau. Gleichzeitig muss der Kanton eine sinnvolle finanzielle Unterstützung leisten.

2) ERHÖHUNG DER RÜCKLIEFERTARIFE

Damit sich der Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen lohnt, müssen die Energiewerke für den eingespeisten Strom einen fairen Preis bezahlen. 2021 war Zürich dabei schweizweit eines der Schlusslichter. Die sogenannten Rücklieferatarife müssen nachhaltig auf ein ausreichendes Niveau gehoben werden. Auch andere Finanzierungsmodelle können dabei zielführend sein.

3) ÖFFENTLICHE ELEKTRIZITÄTSWERKE ALS ZUGPFERDE

Die EKZ ist komplett und die Axpo teilweise im Besitz des Kantons Zürich. Damit verfügen wir über zwei grosse Unternehmen, die den Ausbau der Erneuerbaren forcieren können. Die SP setzt sich dafür ein, dass diese öffentlichen Unternehmen endlich die nötigen Investitionen im Inland auslösen, statt ihre Gewinne dem Kanton abzuliefern. Die Investitionen sollen dabei insbesondere auf die Deckung der Winterstromlücke ausgerichtet sein – z.B. in alpine Photovoltaikanlagen oder Agri-PV (Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen).

4) AXPO: FOKUS AUF VERSORGUNGSSICHERHEIT

Die Axpo muss sich zudem wieder auf ihr Kerngeschäft fokussieren: die sichere Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Strom. Dazu sollen EKZ und andere Kantonswerke ihren Strom direkt bei der Axpo beziehen und zu Produktionskosten an die Konsument:innen weitergeben können. Das stabilisiert die Energiepreise für die Bevölkerung und macht die Axpo unabhängiger von den Turbulenzen an der Strombörse. Dazu braucht es mittelfristig auch wieder eine stärkere demokratische Kontrolle der Axpo.

5) WIND EFFEKTIV NUTZEN

Aufgrund der hohen Winterstromproduktion spielt die Windenergie eine zentrale Rolle für die Energiewende. Im Kanton Zürich besteht ein Potential von mindestens 880 Gigawattstunden pro Jahr, ohne dass dabei geschützte Landschaften oder Gebiete gestört würden¹. Diese Anlagen müssen jetzt geplant werden, damit sie in einigen Jahren bereit sind.

6) ENERGIESPEICHERSTRATEGIE

Um Schwankungen in Produktion und Verbrauch auszugleichen, muss Strom gespeichert werden. Dafür braucht der Kanton Zürich eine intelligente Stromspeicherstrategie. Zudem muss in den Aufbau einer Wasserstoffproduktion investiert werden, damit der überschüssige Sommerstrom gespeichert und für die industrielle Nutzung verwendet werden kann.

7) ENERGIEZULAGE

Damit angesichts steigender Energiepreise durch den Krieg in der Ukraine niemand frieren oder hungern muss, soll der Kanton Menschen mit tiefen Einkommen schnell und unkompliziert mit einer Energiezulage unterstützen, damit sie ihre Rechnungen bezahlen können.

8) PROGRESSIVE ENERGIETARIFE

Um den Grundbedarf zu sichern und Verschwendung zu bekämpfen, setzen wir uns für progressive Energietarife ein: Ein Grundbedarf soll zu einem fairen Fixpreis bezogen werden können, während darüberhinausgehender Verbrauch progressiv teurer wird.

9) KRISENPROFITE BESTEUERN

Energiekonzerne, die sich in der aktuellen Krise durch die steigenden Energiepreise eine goldene Nase verdienen, sollen auf diese leistungsfreien Zufallsgewinne eine Krisensteuer bezahlen. Die Einnahmen könnten via Unterstützungsmassnahmen (z.B. Energiezulage oder Prämienverbilligungen) an die Bevölkerung zurückgegeben werden.

¹ Studie des Bundesamtes für Energie (BFE), 2022.
<https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/72771.pdf>

VERKEHR

ZUKUNFTSFÄHIGE MOBILITÄT FÜR ALLE.

Der Verkehr ist im Kanton Zürich für 39 Prozent des CO₂-Ausstosses verantwortlich² – den Flugverkehr noch nicht mit eingerechnet. Dieser Wert ist durch die politische Blockade von FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh und der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat in den letzten Jahren kaum gesunken.

Zukunftsfähige Mobilität bedeutet, dass wir die Anzahl Autos auf Zürichs Strassen reduzieren. Dazu müssen mehr Menschen auf den ÖV umsteigen und der notwendige motorisierte Strassenverkehr nachhaltig angetrieben werden. Das gelingt uns nicht durch Zwang, sondern indem wir klimaschonende Mobilität attraktiver und für mehr Menschen zugänglich machen.

Als Standortkanton des grössten Schweizer Flughafens muss Zürich auch im Flugverkehr wieder mehr Verantwortung übernehmen und sich für den Schutz von Menschen und Klima einsetzen.

10) MEHR ÖV FÜR DIE AGGLOMERATIONSGEMEINDEN

Damit nicht nur in den städtischen Zentren, sondern im gesamten Kanton mehr Menschen auf den ÖV umsteigen, müssen die Zürcher Agglomerationsgemeinden besser mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen werden. Neben zusätzlichen S-Bahnen braucht es insbesondere gute und regelmässig verkehrende Busverbindungen in die Quartiere. Diese sollen priorisiert behandelt werden, damit sie nicht im Stau stecken bleiben.

11) ZAHLBARER ÖV FÜR ALLE

Wenn mehr Menschen auf den ÖV umsteigen sollen, muss dieser auch bezahlbar sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der ÖV für Menschen unter 25 und mit tiefen Einkommen kostenlos wird. So verhindern wir bereits den Einstieg in den motorisierten Individualverkehr.

12) VELOSCHNELLROUTEN FÜR DEN GANZEN KANTON

Immer mehr Menschen wechseln gerade für kürzere Strecken auf das Velo. Um das zu unterstützen, braucht es im ganzen Kanton gute Veloverbindungen, mit denen man schnell und sicher von A nach B kommt. Für den Weg zur Arbeit und für die Freizeit braucht es um die grossen Städte im Kanton durchgehende Veloschnellrouten, auf welchen der Veloverkehr ungehindert fließen kann. Denn attraktive Velorouten können einen entscheidenden Beitrag zur klimafreundlichen Mobilität leisten.

² Langfristige Klimastrategie des Kantons Zürich, 2022.
<https://www.zh.ch/de/umwelt-tiere/klima/langfristige-klimastrategie.html>

13) RESTVERKEHR ELEKTRIFIZIEREN

Wo weder der Fussverkehr, Velos noch ÖV den Transport gewährleisten können, müssen wir den Umstieg von fossil betriebenen Autos zu Elektromobilität schaffen. Dafür braucht es insbesondere ein gutes Netzwerk an Elektrotankstellen im ganzen Kanton sowie eine Strategie zur Dekarbonisierung des Gewerbeverkehrs. Oberstes Ziel bleibt dabei die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs.

14) STÄDTEPLANUNG: ALLES IN GEHDISTANZ

Viele Fahrten mit dem Auto sind gar nicht erst nötig, wenn alle wichtigen Dienstleistungen wie Einkaufsmöglichkeiten und der Arbeitsplatz in der Nähe des Zuhauses liegen und Innenstädte und Quartiere lebenswert gestaltet sind. Die SP setzt sich dafür ein, dass die Gemeinden lebenswerte und belebte Ortschaften planen und bauen können und dafür die notwendige Planungshoheit erhalten. Der Kanton soll darüber hinaus die nachhaltige und klimaangepasste Gestaltung des öffentlichen Raums finanziell unterstützen.

15) FLUGHAFEN KLOTEN: KLIMASCHUTZ STATT BLINDES WACHSTUM

Der Flughafen Zürich ist der grösste Schweizer Flughafen und eine wichtige Drehscheibe im internationalen Flugverkehr. Trotz all den Vorteilen und Annehmlichkeiten, die der Flughafen Kloten mit sich bringt, steigt der CO₂-Ausstoss im Flugsektor von Jahr zu Jahr. Konsequenter Klimaschutz bedeutet, dass der Flughafen Zürich nicht blind auf Wachstum, sondern auf die schrittweise Dekarbonisierung des Flugverkehrs setzt.

Seit der Privatisierung des Flughafens Zürich hat der Kanton jedoch nur noch begrenzte Möglichkeiten, auf die Entwicklung des Flughafens Einfluss zu nehmen. So eine wichtige Verkehrsinfrastruktur muss in öffentlicher Hand liegen, damit sie demokratisch steuerbar ist und auf den Weg des Klimaschutz gebracht werden kann. Die SP setzt sich deshalb dafür ein, dass der Flughafen wieder mehrheitlich in öffentliche Hand kommt.

16) KEINE PISTENVERLÄNGERUNG

Die Zürcher Regierung will erneut zwei Pisten des Flughafens verlängern. Die Konsequenzen: mehr Flugbewegungen, mehr Lärm, mehr CO₂-Ausstoss. Die SP setzt sich im Parlament gegen die Verlängerung der Pisten ein.

17) EINHALTUNG UND VERLÄNGERUNG DER NACHTRUHE

Seit Jahren leidet die Bevölkerung in grossen Teilen des Kanton Zürichs unter Lärm, weil am Flughafen regelmässig auch während der Nachtruhe noch gestartet und gelandet wird. Die bestehenden Lärmschutzregeln müssen endlich respektiert und eingehalten werden. Zum Schutz der Bevölkerung soll zudem die Nachtruhe am Morgen und am Abend um je eine Stunde verlängert werden.

18) AUSBAU DES NACHTZUGNETZES NACH EUROPA

Damit Europa auch ohne Kurzstreckenflug gut erreichbar ist, muss das Nachtzugnetz stark ausgebaut werden. Der Kanton soll sich daran beteiligen und beim Bund oder den SBB Verbindungen ab Zürich in europäische Grossstädte in Auftrag geben.

GEBÄUDE

SAUBER HEIZEN, NACHHALTIG BAUEN.

Der Gebäudebereich ist mit rund einem Drittel ein Hauptverursacher der Treibhausgasemissionen im Kanton Zürich. Mit dem Energiegesetz sind die Weichen hier richtig gestellt: Es ermöglicht einen raschen Austausch klimaschädlicher Öl- und Gasheizungen durch klimaneutrale Alternativen wie Wärmepumpen oder Fernwärme. Was noch fehlt, ist das nötige Tempo. Zudem muss sichergestellt sein, dass der ökologische Umbau nicht auf Kosten der Mieter:innen geht.

19) MEHR TEMPO BEIM HEIZUNGSERSATZ

Um den Heizungsersatz zu beschleunigen, soll der Kanton die Fördergelder nochmals erhöhen. Dies schafft einen zusätzlichen Anreiz, Öl- und Gasheizung zu ersetzen, bevor sie am Ende ihrer Lebenszeit angekommen sind.

20) ÖKOLOGISCH UND BEZAHLBAR WOHNEN

Für die SP ist klar, dass der ökologische Umbau nicht auf Kosten der Mieter:innen geschehen darf. Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass Finanzierungshilfen an soziale Bedingungen geknüpft werden.

Um überrissene Mietzinserhöhungen bei ökologischen Sanierungen zu verhindern, braucht es zudem einen besseren Schutz für Mieter:innen. In den Kanton Basel-Stadt und Genf gibt es bereits entsprechende Instrumente. Wir setzen uns dafür ein, dass der Kanton Zürich ebenfalls eine solche Regelung einführt.

21) NACHHALTIG BAUEN UND WIEDERVERWENDEN

Im Sinne der Kreislaufwirtschaft setzen wir uns für einen einfachen Rückbau von Gebäuden und die Wiederverwendbarkeit von Bauteilen ein. Dafür braucht es Bauvorschriften bezüglich Bauweise und Baumaterialien und finanzielle Anreize zur Weiterverwendung von Bauteilen.

WIRTSCHAFT

ÖKOSOZIALEN UMBAU VORANTREIBEN, NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN.

Ein umfassender Klimaschutz besteht nicht nur aus Solarstrom und Elektroautos. Um die systemischen Ursachen der Klimakrise anzugehen, müssen wir unsere Wirtschaft umbauen und auf die ökosoziale Transformation ausrichten. Der Mensch und mit ihr die Umwelt dürfen nicht mehr dem Profit untergeordnet werden.

Dieser Umbau gelingt jedoch nur, wenn er ein gesamtgesellschaftliches Projekt ist; wenn er alle mitnimmt und niemanden zurücklässt. Die SP will dafür die politischen Hebel im Kanton Zürich und auf Bundesebene nutzen.

22) ZKB ALS ZUKUNFTSBANK

Als Bank der Zürcher Bevölkerung soll die ZKB zur Zukunftsbank werden. Sie soll ihre Investitionen auf den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft ausrichten, Zürcher Unternehmen Beratung und finanzielle Möglichkeiten bieten, damit diese ihre Produktion und Prozesse dekarbonisieren können. Zudem soll die ZKB ihre Anlagentätigkeit vollständig auf das 1.5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens ausrichten.

23) KLIMAFONDS

Investitionen durch die öffentliche Hand treiben Veränderung an und fördern Innovation. Deshalb fordern wir analog zur Klimafonds-Initiative der SP Schweiz einen Klimafonds für den Kanton Zürich, der die Dekarbonisierung des Kantons finanziert – vom Ausbau der Erneuerbaren bis zu Forschungs- und Pilotprojekten. Damit beschleunigen wir nicht nur die Dekarbonisierung, sondern schaffen auch Wertschöpfung und neue, zukunftssichere Arbeitsplätze.

24) SAUBERER UND ZUKUNFTSFÄHIGER FINANZPLATZ

Auf dem Schweizer Finanzplatz werden rund 6200 Milliarden verwaltet – rund ein Viertel des Weltvermögens. Dadurch verfügen wir über einen grossen Hebel, um einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise zu leisten. Deshalb lancieren wir auf nationaler Ebene eine Initiative für einen sauberen, klimaneutralen und zukunftsfähigen Finanzplatz.

25) FACHKRÄFTE FÜR DIE ENERGIEWENDE

Die Energiewende schafft viele neue, zukunftssichere Arbeitsplätze. Schon jetzt fehlen tausende Fachkräfte, um Heizungen auszuwechseln, Solaranlagen zu montieren und Häuser zu isolieren. Damit wir genügend Fachkräfte für die Energiewende haben, braucht es dringend eine Bildungsoffensive.

26) WEITERBILDUNGS- UND UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE

Gleichzeitig werden in CO2-intensiven Branchen zwangsläufig Jobs verloren gehen. Hier braucht es Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote für diejenigen, die nicht einfach in zukunftssichere Branchen wechseln können. Wir können die Klimakrise nur überwinden, wenn wir niemanden zurücklassen.

WAHLEN SIND WICHTIG.

Viele dieser Massnahmen sind mit den aktuellen Mehrheiten im Kantons- und Regierungsrat nicht umsetzbar. Die Mehrheit des Parlaments ist häufig nicht bereit, die notwendigen Gelder in die Hand zu nehmen, um die Energiewende richtig voranzubringen. Viele rechtsbürgerliche Politiker:innen haben die Dringlichkeit und Bedeutung der Klimakrise immer noch nicht verstanden.

Genau deshalb ist es wichtig, dass die SP bei den Wahlen am 12. Februar 2023 zulegt. Nur mit fortschrittlichen Mehrheiten und einer starken SP können wir im Kanton Zürich unseren Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten.